



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

495 (26.10.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-206140](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-206140)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,50 M., halbjährlich 6,50 M., jährlich 12,00 M. ...

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung die II. Seite 100. ...

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik, Gesetz und Recht. Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung.

Die Berliner Beratungen

Ueber die gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der Bankwelt wurden bisher von amtlicher Seite nähere Mitteilungen nicht gegeben. Es wird jedoch bekannt, daß an dieser Besprechung neben dem Staatssekretär Hemmer und Geheimrat Kemper von der Finanz- und Handelswelt teilnahmen: Reichsbankpräsident Havenstein, Franz von Mendelssohn von der Diskontogesellschaft, Franz Urbig, Dr. von Staub von der Deutschen Bank und Direktor Rüdiger von der Dresdener Bank. Nicht anwesend war, worauf die „B. Z.“ besonders aufmerksam macht, der spiritus rector der Devisenverordnung in ihrer jetzigen Form Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium. Das Blatt folgert daraus, daß die Regierung angesichts der Anwesenheit einer ganzen Reihe von hervorragenden internationalen Sachverständigen in Berlin, wie Professor Keynes und Professor Cassel den Wunsch gehabt zu haben scheint, in wichtigen Wirtschaftsfragen zunächst einmal die Auffassung einer Reihe von Führern des heimischen Wirtschaftslbens kennen zu lernen. Die Sachverständigen hätten die Regierung nicht darüber im Zweifel gelassen, daß die Devisenverordnung in ihrer jetzigen Form als geradezu unhaltbar für unser Wirtschaftsleben betrachtet. Einmütig habe bei den Sachverständigen darüber bestanden, daß eine Lockerung der Devisenwirtschaft von Staats wegen durchaus am Platze ist. Durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen müsse dafür gesorgt werden, daß die Wertschwankung von Devisen nur aus unbedingt lebensnotwendigen Gründen beschränkt bleibt. Der Regierung seien Wege gezeigt worden, auf denen eine solche Maßnahme wohl möglich wäre.

Auf der anderen Seite hätten die Sachverständigen die bringende Mahnung wiederholt, die jetzige Form der Devisenverordnung sofort abzuändern, da im Augenblick jede geschäftliche Kommunikation auf Grund ihrer Bestimmungen unmöglich sei. Daneben sei das allgemeine Reparationsproblem besprochen worden. Dabei sei mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen, daß Deutschland infolge der katastrophalen Marktentwertung während der letzten Wochen, falls nicht ein Umschwung eintrete, in den nächsten Jahren gar nicht in der Lage wäre, einen geordneten Staatshaushalt aufzustellen. Auch die Frage der Stabilisierung der Markts sei Gegenstand der Besprechungen gewesen. Irigendwelche Beschlüsse seien jedoch in keinem der drei besprochenen Punkte gefaßt worden.

Die ausländischen Finanzsachverständigen in Berlin

Der Präsident der holländischen Staatsbank, Bisseling, hatte gestern vormittag als Erster der in Berlin anwesenden ausländischen Sachverständigen eine lange vorläufige Aussprache mit dem Reichskanzler. Bisseling befindet sich mit seiner Familie in Berlin auf der Durchreise nach dem Süden. Es scheint aber, daß es dem Reichskanzler gelingen wird, Bisseling zu bewegen, mit Rückhalt auf die gleichzeitige Anwesenheit von Professor Cassel und Prof. Keynes seine beschränkte Reise nach dem Süden etwas aufzuschieben, um gemeinsam mit den übrigen auswärtigen Finanzsachverständigen das große Problem der Herstellung des finanziellen und politischen Gleichgewichts in einer Konferenz mitzuberaten. Die Bildung der ausländischen Sachverständigenkommission wird noch im Laufe dieser Woche endgültig erfolgen und die ausländischen Regierungssachverständigen, einschließlich der französischen und italienischen, werden am 2. November in Berlin zusammentreten.

Widerspruch der Franzosen

Die deutsche Einladung an die neutralen Finanzsachverständigen hat in der Pariser Presse lebhaften Widerspruch ausgelöst. Die heutigen Morgenblätter greifen die deutsche Regierung sehr scharf an und erklären die Einladung an die neutralen Finanzsachverständigen für einen Versuch, das Reparationsproblem unter Ausschaltung der Alliierten zu lösen. Einzelne Blätter sprechen geradezu von einer Herausforderung der Entente. Es sei zweifellos, daß die Reise der Reparationskommission nach Berlin geradezu einen Gegensatz gegen diese deutsche Finanzkonferenz bedeute. Die von deutscher Seite ausgesprochenen Hoffnungen, daß es zu einer Verständigung zwischen den neutralen Sachverständigen und der Reparationskommission kommen werde, seien allzu optimistisch. Barthou werde diese Hoffnungen nicht rechtfertigen und im Gegenteil der Wortführer sehr scharfer Kontrollmaßnahmen sein.

In der „Liberte“ beschäftigt sich Jacques Bainville mit der Reise der Reparationskommission nach Berlin, die er mit der Reise von Metzern vergleicht, die an das Krankenbett der Mark gerufen worden sei. Die Reparationskommission werde jedoch in Deutschland nach einer Reihe anderer Vergehe treffen, und diese seien die eingeladenen neutralen Finanzleute und Wirtschaftler. Aber Deutschland laufe sich, wenn es von diesen Vergehe eine Rettung erhoffe. Wenn es keine Finanzen retten wolle, dann könne es nur einem Rate folgen, nämlich dem, mehr zu arbeiten und weniger zu essen. Es sei zweifelhaft, ob Deutschland diese Medizin einnehmen werde und es sei wahrscheinlich, daß die Sozialdemokratie es daran hindern werde. Vielleicht würde — so schreibt Bainville — eine härtere und angesehener Regierung mit fester Faust erreichen, daß die Masse des deutschen Volkes dazu bereitwäre, noch mehr zu arbeiten und sich dabei noch mehr einzuschränken. Aber eine solche Regierung würde Deutschland bald zu gefährlich für uns machen, daß wir uns eine solche Regierung nicht wünschen können.

Das „Journal des Debats“ wiederholt, daß nach seiner Ansicht leicht der

Weg der Pfänderpost

Schritten werden müsse. Das Hauptinteresse, das die Reife der Reparationskommission erweckt, besteht darin, daß sie alle rechtlichen Ausnahmemaßnahmen erschräpke. Wenn sie ohne Erfolg bliebe, würde sie den Verbündeten den Beweis liefern, daß das einzige Richtige die Politik der Pfänder sei.

Amerikanische Urteile zur Reparationsfrage

Die New Yorker „Evening Post“ sagt, Deutschland müsse eine Klapppause gewährt werden. Abdam müsse eine Reparationskommission, die sich im Rahmen des Möglichen halte, endgültig festgestellt werden. Die übrigen Blätter urteilen größtenteils im gleichen Sinne. Das „Journal of Commerce“ wendet sich scharf gegen die französischen Kontrollvorschlüsse.

Ein belgischer Vermittlungsvorschlag

In der Pariser Presse wird behauptet, daß der belgische Delegierte der Reparationskommission, Delacroix, einen Vermittlungsvorschlag zu den Vorhänden Bradburns und Barthou einreichen werde. Der belgische Vorschlag werde sich bemühen, die Schwierigkeiten zu umgehen indem er auf der Schaffung einer Kontrolle bestehe, aber vorschläge, die Erörterung über das Moratorium bis zur nächsten Konferenz zu verschieben.

Reparationskothle für die deutsche Industrie

Der „Tempo“ veröffentlicht eine Erklärung, worin gesagt wird, daß man infolge der dauernden Verschlechterung der Mark befürchte, daß die Sachleistungen in Gefahr kämen. Man habe jedoch festgestellt, daß die deutschen Großbanken bereit wären, die Produktion der Güter zu finanzieren, die für die Sachleistungen notwendig wären. Auf diese Weise werde es den deutschen Industriellen ermöglicht, den großen Schwierigkeiten des dauernden Marksturzes aus dem Wege zu gehen. In diesem Zusammenhang werde auch die Frage der Lieferung von Kohle an die deutsche Industrie aufgerollt werden. Die französische Regierung wäre bereit, zuzustimmen, daß eine gewisse Menge von Kohlen, die Deutschland abzuliefern habe, der deutschen Industrie zur Verfügung gestellt werde, um die Waren zu erzeugen, die den französischen Geschädigten geliefert werden sollen.

Neuregelung der Bergarbeiterlöhne

□ Berlin, 26. Okt. (Von unj. Berl. Büro.) Die gestern begonnenen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über eine neue Lohnregelung für die Bergarbeiter des Ruhrreviers haben in später Nachtstunden zu einem Schiedsspruch geführt, der vom 1. November ab eine Erhöhung der Löhne für Bergarbeiter über 20 Jahre um 50%, über 18 Jahre um 40% und unter 18 Jahre um 30% vorsieht. Ferner werden die sozialen Zulagen von 20 auf 40% verdoppelt. Außerdem bringt der Schiedsspruch die Einführung eines neuen Prämien Systems für eine Steigerung der Arbeitsleistung.

Für je 1 Kilogramm Kohle, das im November mehr gefördert wird als im September soll eine Zulage in Höhe von einer Mark zur Auszahlung kommen. Die Revisoren des Ruhrkohlenbergbaus werden im Laufe dieser Woche zu diesem Schiedsspruch Stellung nehmen. Die Verhandlungen über die Lohnregelung in den übrigen deutschen Kohlenrevieren findet heute und morgen statt.

Regierungskrise in Bayern

Der um die Teuerungsdenkchrift der bayerischen Regierung innerhalb der Regierung selbst einerseits und zwischen Ministerpräsidentium und Bayerischer Volkspartei andererseits entstandene Konflikt läßt nach seinem bisherigen Verlauf keinen Zweifel mehr, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld vor dem am Freitag zusammentretenden Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei, der er selbst angehört, die Vertrauensfrage stellen wird. Ueber die Ursachen des Konfliktes sind eine Reihe von Versionen verbreitet, die einen Rückblick auf die Entstehung der Denkschrift und die zu dem Konflikt führende Entwicklung angezeigt erscheinen lassen. Nach unseren Informationen ist die Denkschrift Gegenstand einer Besprechung im Ministerialrat nur nach ihrer Grundtendenz gewesen. Ihre Ausarbeitung im einzelnen lag bei dem Staatsrat im Ministerium des Inneren.

Die fertiggestellte und vom Ministerpräsidenten unterzeichnete Denkschrift wurde dem einzelnen Ministerien nochmals zur Durchsicht zugewiesen, ohne daß von diesen nach unseren Informationen vor Abendung der Denkschrift nach Berlin ein Einspruch erhoben worden wäre. Richtig ist, daß schon in den zunächst beteiligten Ministerien der Finanzen und des Handels starke Bedenken gegen Einzelheiten der Denkschrift bei der Referatensprechung laut wurden, insbesondere bei dem Handelsministerium. Doch diese Bedenken nicht mehr zum Ziele kamen, dürfte darauf zurückzuführen, daß die Denkschrift bereits durch den Ministerpräsidenten persönlich nach Berlin überbracht worden war. Die schon in dem zuständigen Ressort geäußerten Bedenken traten in verstärkter Form bei der Bayerischen Volkspartei zutage.

In dieser Kritik, die von dem Ministerpräsidenten wohl dahin aufgefaßt worden sein dürfte, daß ihn der Führer der eigenen Partei bei einer wichtigen staatspolitischen Aktion öffentlich habe fallen lassen, dürfte der Hauptanstoß dafür liegen, daß der Ministerpräsident nunmehr darauf dringt, sich durch ein Votum des Landesausschusses der Partei zu vergewissern, ob er das Vertrauen der Partei in ihrer Gesamtheit noch besitzt. Sollte ihm diese Gewißheit nicht gegeben werden, so ist mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten nach unseren Informationen unbedingt zu rechnen.

Der bisher für den 14. November in Aussicht genommene Zusammentritt des bayerischen Landtags dürfte für den Fall eines Rücktritts des Ministerpräsidenten wohl sofort erfolgen.

Die Münchener Morgenblätter befähigen übereinstimmend, daß die Unstimmigkeiten zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und seiner Partei, der Bayerischen Volkspartei, wegen der Teuerungsdenkchrift zugenommen haben. Die Münch. Ausg. Abendzeitung behauptet, daß sich zwischen dem Ministerpräsidenten und leitenden Kreisen der Bayerischen Volkspartei starke Meinungsverschiedenheiten herausgebildet haben. Die Blätter erwarten eine Entscheidung spätestens auf der Tagung des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei. Im gleichen Sinne äußert sich die „Ausg. Post“, die es als Tatsache bezeichnet, daß sich die Lage ernstlich zuspitzt hat und daß sich Graf Lerchenfeld vor folgenschwere Entscheidungen gestellt sehen könnte.

Die englische Wahlbewegung

Der „Intransigent“ schreibt: „Damit Bonar Law eine konservative Mehrheit im Unterhaus habe, müßten von den 615 Stimmen des Hauses mindestens 310 den Konservativen zufallen. Das ist schwerlich zu erwarren. Aber Bonar Law findet die Unterstützung auch außerhalb seiner Partei.“

Ein unabhängig-liberales Wahlmanifest

Die Unabhängig-liberale Partei veröffentlicht nun ein Wahlmanifest, das zuerst auf den völligen Bruch der Koalitionsregierung hinweist und behauptet, daß die Liberalen für den Frieden und die Abrüstung durch Vermittlung des Völkerbundes eintreten, sowie für eine rasche Revision und Begleichung der Reparationen und interalliierten Schulden, ferner müsse eine umfassende Beschränkung der Ausgaben stattfinden. Die militärische Abenteuerpolitik müsse aufgehoben werden. Weiterhin wird die Anwendung des unbeschränkten Freihandels und eine ausgebreitere Reform des gegenwärtigen Bodenregimes verlangt.

In politischen Kreisen dieser Partei bei den Wahlen getrennt vorgehen. Der Präsident des irischen Freistaates Cosgrave und der irische Minister Higgins hatten eine Unterredung mit Bonar Law über die irische Frage. An zuständiger Stelle verläutet, daß die beiden Minister die Zustimmung erhalten haben, daß die neue Regierung den irischen Vertrag unterstützen werde, obwohl die Konservative früher den Vertrag bekämpften. — B. Law ernannte die Presse zu der Mitteilung, daß in der Bekanntgabe weiterer Ernennungen für die Regierung eine Verzögerung eintreten werde. Oberst Leslie Wilson der bisherige Hauptminister der unionistischen Partei wird sein Amt auch unter dem Kabinett Bonar Law beibehalten.

Oesterreichs und Deutschlands Nöte

Ein gefährlicher Vergleich

Der österreichische Bundeskanzler Seipel, der die Finanzkontrolle der Gläubigerstaaten über Oesterreich auf sich genommen hat, teilte nach unmissverständlichen Zeitungsmeldungen in einer Versammlung in Wien mit, daß der deutsche Reichskanzler habe ihm bei seinem letzten Besuch in Berlin gesagt: „Wir sind halt ein paar Monate später dran als ihr.“ Diese Äußerung des führenden deutschen Staatsmannes klingt im höchsten Maße bedenklich. Denn wenn der deutsche Reichskanzler davon überzeugt ist, daß Deutschland demselben Schicksal geweiht ist, wie Oesterreich, so wird man sich von seiner Widerstandskraft gegen die unerbittlich vorwärtige gleichartige Entwicklung nicht mehr viel versprechen können. Unserer Ansicht nach müßte auf dem deutschen Kanzlerposten ein Mann stehen, der sich nicht mit einem gewissen Fatalismus in eine Schicksalswendung ergibt, sondern gegen sie ankämpft. Aber ein ist dabei gemiß: Es läßt sich nicht mehr bestritten, daß zwischen dem Verlauf der Dinge in Oesterreich und der Entwicklung in Deutschland selber sehr viel übereinstimmende Vergleichspunkte vorhanden sind. In Wien hat sich die Kommission bereits niedergelassen, die namens der Gläubigerstaaten die eigentliche Staatsgewalt in Oesterreich ausüben wird. Und in Berlin erwartet man die sogenannte Reparationskommission, die in dem dunklen Schöße ihrer Tätigkeit in der deutschen Reichshauptstadt ganz gewiß auch das schwarze Los einer scharfen Kontrolle der deutschen Finanzen verborgen hält. Sind das nicht allein schon zwei Vergleichspunkte, die darauf hindeuten, daß wir in der Tat nur noch um eine kurze Gnadenfrist hinter Oesterreich zurück sind?

Wie stehen die Dinge in Oesterreich? Der Bundeskanzler Seipel hat in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen, die in Genf gefaßt worden sind, gewissermaßen im Namen und Auftrag der Gläubigerstaaten ein Reformprogramm ausgearbeitet, das sich ganz kurz in drei wesentlichen Punkten zusammenfassen läßt: Völlige Ausschaltung der Volksoberleitung für zwei Jahre, schließliche Einschränkung der Staatsausgaben auf dem Wege der Beamtenentlassungen und der rückfälligen Kürzung des Staatshaushaltes, und schließlich schärfste Anspannung der Steuerkraft und der Arbeitsleistung der Bevölkerung. Das Ziel dieser Maßnahmen ist die Wiederherstellung des finanziellen österreichischen Gleichgewichts. Die Erreichung dieses Zieles verlangt in der Tat die denkbar größte Rücksichtslosigkeit und Strenge. Haben doch die Staatsbetriebe in Oesterreich einen Fehlbetrag von Hunderten von Milliarden. Die Fortführung der Staatsbetriebe und die Gestaltung des ganzen Verwaltungssystems. Ueberhaupt die Einrichtung des Staatshaushaltes soll in Zukunft allein von dem Gesichtspunkt beherrscht sein, daß die österreichischen Staatseinnahmen die Ausgaben vollkommen decken, so daß in zwei Jahren das Gleichgewicht hergestellt ist. Das erfordert eine rigorose Einschränkung des Beamtenapparates — geplant ist die Entlassung von einem Drittel sämtlicher Beamten — es erfordert ferner die Steigerung der Tarife sowohl der Steuern und Zölle auf ein bisher unerhörtes Maß. Der frühere österreichische Gesandte in Berlin, Professor Hartmann, rechnet aus, daß bei der Durchführung des Reformplanes jede österreichische Familie am neuen Jahre etwa 2 Millionen Kronen im Jahre auf sich zu nehmen hat. Diese bisher unerhörten Kosten werden natürlich auch die Arbeitskraft der Bevölkerung aus Leiharbeit anspannen und deshalb sieht man in Oesterreich auch den Achtstundentag als ein Todesopfer des finanziellen Reformplanes an.

Die Sozialdemokraten entfalten in Oesterreich eine leidenschaftliche Propaganda gegen diesen Reformplan. Dabei spielt zweifellos die Erwägung mit, daß so gut wie alle sozialen Erzeugnisse der Revolution der Zwangsverstaatlichung durch die Gläubigerstaaten zum Opfer fallen werden. Die Sozialistengesetzgebung und viele sozialistische Einrichtungen der Gemeinden und des Staates sind der Auflösung verfallen und mit der rückfälligen Lohnsteigerung, mit der Herrschaft der Gewerkschaften hat es ein Ende. Das alles macht den sozialdemokratischen Widerstand erklärlich. Man wird aber auch ohne Sozialdemokratie zu sagen müssen, daß die Zwangsverstaatlichung, die jetzt in Oesterreich in Kraft treten soll, ein tragischer Ausblick ist. Denn das Oesterreich, das der Frieden von St. Germain hinterlassen hat, war nicht lebensfähig. Und die Entente sagt zu der Grausamkeit der Zerstückelung des österreichischen Staates nun auch noch die Zwangsverstaatlichung gegen einen vollkommenen Patienten. Der Bundeskanzler Seipel, der sich zum Vollstrecker dieses Willens macht, hat erklärt, daß es keinen anderen Weg gäbe, um Oesterreich überhaupt am Leben zu erhalten. Oesterreich müßte sich dem Zwang unterwerfen, um durch Gefundung auch die Freiheit wieder zu erwerben. Denn nur durch Annahme der schärfsten Finanzkontrolle ist das Darlehen von 500 Millionen Goldkronen zu haben. Ob das Opfer, das Oesterreich bringt, den Preis überhaupt wert ist, wird erst die vorläufig noch dunkle Zukunft zeigen müssen.

Und nun der Vergleich mit Deutschland. Das Deutsche Reich hätte keinen Grund zu verzweifeln. Es ist ein lebensfähiger Wirtschaftskörper, wenn wir uns einmal völlig von der Last der Reparationen erholen und wenn wir aus eigener Kraft das schaffenden können was Oesterreich unter schärfstem Zwang jetzt tun soll. Ordnung unserer Finanzen und Hebung unserer Produktion bis zum Ausbruch zwischen Erzeugung und Verbrauch. Doch Erzeugnisse der Revolution dabei fortgesetzt werden müssen, ist klar. Eine Revolution, die das Reich der Gesamtheit im Auge hat, sollte aber nicht ängern, alles zur Rettung aus eigener Kraft aufzubieten, ehe der sonst unvermeidliche Zwang kommt.

Teuerungaktion der Beamten und Staatsarbeiter

□ Berlin, 26. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Die großen Spihengewerkschaften der Beamten und Staatsarbeiter, mit Ausnahme der christlichen Verbände, haben gestern einen neuen Vorstoß unternommen, um nach Verabschiedung des Beamtenbesoldungsgesetzes eine neue Teuerungaktion einzuleiten. Sie begaben sich zum Reichskanzler, um dort ihre Forderungen vorzutragen, da seit den letzten ergebnislosen Verhandlungen im Finanzministerium zwischen den Gewerkschaften und diesem Ressort eine sehr starke Spannung eingetreten ist. Der Reichskanzler konnte die Gewerkschaftsvertreter jedoch nicht empfangen und so trugen sie Ministerialdirektor v. Schlieben ihre Wünsche vor.

Im Finanzministerium war man jedoch der Ansicht, daß eine Teuerungaktion verfehlt sei und daß gerade jetzt unmittelbar vor den Verhandlungen mit der Reparationskommission derartige Forderungen nicht oportun seien. Auf Grund dieser Ablehnung traten die Spitzen der Gewerkschaften gestern nachmittags zu neuer Besprechung zusammen und beschloßen amends der Tatsache, daß die Beamtenkreise eine starke Erregung über die letzte katastrophale Teuerungswelle ergriffen habe, noch einmal den Versuch zu machen, dem Reichskanzler zu einem Eingreifen zu veranlassen. Heute morgen begaben sich die Vertreter des Bundes in die Reichskanzlei.

Der Schluß der Kaisererinnerungen

bezieht sich mit der Frage: „Welches wird die Zukunft Deutschlands sein?“ Der Kaiser schreibt: Was meine Feinde über mich sagen, läßt mich gleichgültig. Ich kann sie nicht als meine Richter betrachten. Wenn ich aber sehe, daß jene, die mir früher huldigten, mich jetzt mit Vorbehalten, so empfinde ich Mitleid. Wenn ich hören höre, daß man im Vaterland mit Bitterkeit über mich spricht, so empfinde ich Enttäuschung. Gott ist mein Zeuge, daß ich stets für mein Land und für mein Volk das Beste wollte. Deshalb glaube ich, daß jeder Deutsche dies anerkennen und diesen guten Willen zu würdigen wüßte. Vieles gestaltete sich anders, als ich wollte. Mein Gewissen ist rein. Alle meine Handlungen hatten einen Zweck, nämlich das Wohl meines Volkes und meines Reiches. Vaterland und Volk sind für mich eine Einheit, wie ich dieses am 4. August 1914 gelegentlich der Reichstagsöffnung erklärt habe. Die Revolution machte ungeheure Anstrengungen umzukehren. Sie brach in dem Augenblick aus, wo das deutsche Volk den Kampf für seine Existenz beginnen sollte, wo alle unsere Kräfte sich hätten vereinigen müssen. Ich weiß, daß viele unter denen, die sich unter die sozialistische Fahne scharten, die Revolution nicht wollten. Mehr als ein sozialistischer Führer war bereit, mit mir zu arbeiten und hielt den Zeitpunkt für die Revolution für ungenügend. Die Sozialistenführer hatten bereits vor dem Kriege im Volke revolutionäre Ideen verbreitet, und die Sozialdemokratie war stets ein geschworener Feind des monarchistischen Staates. Ich föhne Wind und erntete Sturm. Die Regierung des Prinzen Max hätte das Gebäude des Staates schützen können, aber diese heilige Aufgabe erfüllte sie nicht, weil sie sich ins Schlepptau der sozialistischen Führer hatte nehmen lassen. Der Hauptverstoß wurde also von den Führern begangen. Der Sturz der Monarchie wird nicht auf die Proletarier, sondern auf ihre Führer fallen, und der Sturz wird auch auf die Regierung des Prinzen Max fallen.

Ich kann nicht an der Zukunft eines Volkes zweifeln, welches gesund und stark ist, dessen Aufstieg von 1871 bis 1914 so wunderbar war. Ein Volk, welches 28 Staaten während vier Jahren einen Verteidigungskrieg lieferte, kann nicht ausgelöscht werden. Um aber seinen Platz wieder einzunehmen, der Deutschland zukommt, darf es auf keine auswärtige Hilfe rechnen, denn diese Hilfe wird nie kommen. Deutschland konnte von ihr nur Stauerer erhalten. Die Erfüllung, die die Sozialdemokratie von der Internationalen erwartete, ist auch nicht gekommen. Die Proletarier der Entente marschierten gegen das deutsche Volk, um es zu vernichten. Eine internationale Solidarität der Völker besteht nicht. Die englischen und französischen Proletarier wurden von ihrer Führern zum Nationalismus getrieben. Das deutsche Volk erleiht eine solche Richtung. Das deutsche Volk wird nur durch Selbstopferungen wieder hochkommen. Dann wird der Aufstieg auch wieder beginnen, wenn das nationale Bewußtsein in allen Kreisen wieder erwacht sein wird. In der Technik, Kunst und Wissenschaft wird Deutschland nicht nur sich selbst, sondern alle Völker der Erde überreichen. Der Kaiser schließt seine Erinnerungen mit den Worten: „Ich glaube an die Aufhebung des Urteilspruches von Versailles!“

Ein Protest deutscher Freimaurer

In den Erinnerungen des Kaisers ist u. a. auch unter Bezugnahme auf angebliche Mitteilungen eines angesehenen deutschen Freimaurers gesagt worden, daß die deutschen Großlogen mit zwei Ausnahmen, in denen die nichtdeutsche Finanz herrsche und die im Geheimen mit dem Groß-Orient in Paris in Verbindung ständen, durchaus loyal und treu gewesen seien. Die Groß-Mutterloge des ostpreussischen Freimaurerbundes in Frankfurt a. M. erläßt eine scharfe Erklärung gegen diese Angaben, durch die sich laufende von Männern, die der Mutterloge angehören, in ihrer nationalen Ehre verletzt und beleidigt fühlen und in aller Offenheit nachdrücklich Einspruch gegen eine solche Verächtlichung erheben. Sie seien nicht gewillt, den schweren Vorwurf des Hochverrats auf sich sitzen zu lassen. Die Behauptung, daß in zwei deutschen Großlogen die nichtdeutsche Finanz herrsche, sei völlig unmahr. Es wird gefordert, daß sich der unbekannte Gewährsmann stelle, damit man sich mit ihm in aller Offenheit auseinandersetze. Die deutschen Freimaurer verfolgen in erster Linie nationale Ziele. Die Beziehungen zur ausländischen Freimaurerei gingen nicht über den allgemeinen stilles förmlichen Verkehr hinaus. Auch dieser wurde jedoch bei Kriegsausbruch gelöst und ruht noch heute.

- Ein dreißigstündiges Memorandum für Rußland hat, nach einer Meldung der „Daily News“, Herrlot im Auftrag der französischen Regierung in Aussicht gestellt, wenn Sowjetrußland sich bereit erklärt, die finanziellen Verpflichtungen der zaristischen Regierung anzuerkennen. Gleichzeitig habe er Rußland ersucht, die Verbindung mit Deutschland einzuschneiden und sich jeder Opposition in der Reparationsfrage zu enthalten. Die Sowjetregierung habe indessen alle diese Forderungen, soweit sie die kommerzielle Seite betreffen, abgelehnt. Die Verhandlungen seien im übrigen glatt verlaufen.
- Der deutsch-estnische Handelsvertrag ist in den Verhandlungen soweit vorangekommen, daß in der aller nächsten Zeit in Berlin der Abschluß erfolgen wird.
- Der Kunstmeier Köhling, der bekannte Vertreter des Gesellschaftsbildes, ist gestorben.

Zum Historischen Bach-Abend der Heidelberger Bach-Regen-Feier

Die Musikwissenschaft hat sich durchgerungen. Wenn wir heute mitten in einer Renaissancebewegung stehen, die nicht nur einen kleinen Kreis von Fachgelehrten erfüllt, sondern auch eine große Zahl von Künstlern, Instrumentalisten, Dirigenten, Musikschreibern sowie eine stätliche Zahl von Dilettanten und Musikfreunden, so ist diese Bewegung letzten Endes der Musikwissenschaft zu danken. Doch nicht allein die alten Werke lernen wir wieder neu kennen, uns werden auch die Wege gezeigt, wie wir diese Werke stigmäßig aufführen können und müssen. Dieses können bedingt besonders Mittel: Instrumente, historische Instrumente.

An dem Programm der Heidelberger Bach-Regen-Feier lesen wir die bescheidenen Worte: „... so haben wir den historischen Abend gemacht.“ Für den Musikhistoriker, für die vielen Freunde alter Musik ist es gewiß kein Wagnis, es ist Erfüllung langgehegter Hoffnungen und Wünsche. Wohl aber stehen unsere Gäste und Zuhörer vor einem Raum. Ungemohnt, eigenartig sind wohl für die meisten Raum- und Klangwirkung; der kleine intime kerzenbeleuchtete Festsaal des alten Palais am Karlsplatz, der Klang und Zusammenklang besonderer Instrumente, für deren Beschaffung wir, Ausführende wie Zuhörer, unfernen Stiftern: Hofrat H. W. Marg, Mannheim und Fritz Reupers, Bamberg nicht genug des Dankes empfinden können.

Eine stätliche Zahl von Instrumenten, die der Vergangenheit angehören, soll eine alte Klangwelt, die Klangwelt Joh. Seb. Bachs und seiner Zeit uns wieder neu erschließen, dieser Gedanke war maßgebend bei der Auswahl des Programms für den historischen Bach-Abend, den Universitätsprofessor Dr. Kroyer mit kurzen Vorbermerkungen „Lieber das barocke Klavier!“ einleitet. Die ausgewählten Werke zeigen Violine, Flöte, Oboe, Oboe da caccia, Violon, Violoncello, Violen da Gamba, Baß, Theorbo und Fagott, eine alte Hausorgel aus der Bachzeit (um 1720), Stimmorgeln und Cembalo in verschiedenen Zusammenstellungen und Klangwirkungen. Besondere Beachtung wird in stänlichen Werken dem Cembalo geschenkt.

Das zweimanualige Konzert-Cembalo, das mit sieben Pedalen ausgestattet ist, wurde für das Musikwissenschaftliche Seminar der Universität Heidelberg gebaut und gestiftet von Fritz Reupers, dem Inhaber der Hof-Klavierschmiede in Bamberg. Der Erbauer besitzt eine eigene, — wohl die größte bestehende — Sammlung von alten Klavieren, die in fast hundert Jahren die Entwicklung der Klavierschmiede zeigt. Vorhanden sind die Urformen, Monochord und Hackbrett; zahlreiche, weit über hundert Instrumente zeigen die beiden Gruppen besetzter Tasteninstrumente, die sich nebeneinander bis zur Wende des 18. Jahrhunderts im Ge-

Städtische Nachrichten

Erhöhung der Personentarife der Reichsbahn

Auf 1. November 1922 werden, wie bereits kurz mitgeteilt, die Personentarife der Reichsbahn um 100 v. H. erhöht. Die Fahrkarten werden mit dem bisherigen Fahrpreisaufdruck ausgegeben. Für jede Fahrkarte ist das Doppelte des darauf angegebenen Preises zu entrichten. Auf den Fahrkarten nach außerdeutschen Stationen wird, wie seither, der wirkliche Erhebungsbeitrag angegeben. Bei den Stationen Karlsruhe, Heidelberg und Baden-Baden werden ab 1. November 1922 versuchsweise die gedruckten Fahrkarten nach Reichsbahnstationen ohne Preisaufdruck ausgegeben. Sämtliche auf diesen Fahrkarten von früher noch angegebenen Fahrpreise sind vom 1. November 1922 ab ungültig. Der zu zahlende Fahrpreis kann von den Reisenden auf Grund einer am Schalter ausgehängten Kilometerpreistafel und einer Entfernungstafel ermittelt werden.

Das gleiche Verfahren wird für die Station Mannheim von einem noch zu bestimmenden Tag des Monats November 1922 ab eingeführt. Mit Fahrkarten, die in der Zeit vom 29. bis 31. Oktober 1922 geföhrt werden, muß die Fahrt spätestens bis zum 31. Oktober 1922 angetreten werden. Dies gilt auch für die Rückfahrt bei Doppelkarten und bei Fahrkarten, die zur Fahrt in umgekehrter Richtung geföhrt sind. Fahrscheine des Mitteleuropäischen Reisebüros, die mit einem in die Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1922 fallenden Tag abgestempelt sind, gelten nur bis zum 3. November 1922. Ferner muß mit solchen Fahrscheinen die Reise (bei Fahrscheinen für Hin- und Rückfahrt auch die Rückreise) spätestens am 31. Oktober 1922 angetreten werden. Bahnsteigtarife, die bis zum 31. Oktober 1922 geföhrt sind, sind vom 1. November 1922 ab zum Betreten der Bahnhöfe nicht mehr gültig.

Sojortige Zufuhren der bahnlagernden Stückgutsendungen. Gestern abend war eine größere Anzahl von Interimslieferungen im Bahnhof Mannheim-Neckarstadt wegen des Verbots der Selbstabholung der bahnlagernden Stückgutsendungen vorstellig, wobei erklärt wurde, daß falls die bahnmäßige Güterbeförderung dennoch die Güter (wie schon gestern bemerkt, meistens Kartoffeln) zuföhren sollte, das Fehlen des Kollegies verweigert würde. Es wurde darauf verwiesen, daß bahnlagernde Sendungen zugelassen sind und die Besitze unbedingt auch ihre Güter selbst abholen müssen. Von einem Beamten wurde auf Anregung zugewiesen, er wolle sein Möglichstes tun, um die Ware durch die Empfänger wieder abholen zu lassen. Als heute früh wiederum eine größere Anzahl Personen, die bahnlagernde Waren hatten, erschien und der amtlichen Güterbeförderung abwarten, daß sie die aufgeladenen Kartoffeln ruhig wieder abholen könnten, denn sie hätten kein Kollegie zu erwarten, wurde unter dem Brause-Rufen der Menge die Erklärung abgegeben, daß die Abstreifen ihrer bahnlagernden Sendungen wieder selbst abholen können.

Kräftigung der Otto-Berl-Bund. Badische Landesgruppe Mannheim, hielt gestern abend im alten Rathausaal einen Vortragabend ab. In seinen einleitenden Worten wies der Vorsitzende auf die idealen Bestrebungen des Otto-Berl-Bundes hin, der bemüht sei, den körperlich behinderten Mitmenschen zu helfen. Jeder noch so körperlich behinderte Mensch sei in der Lage, der Allgemeinheit auf irgend eine Art nützlich zu sein. Als Beispiel führte er Herrn Engesser aus Heidelberg an, der schon über 30 Jahre beide Arme verloren hat. Herr Engesser gab dann in schlichter Weise eine Darstellung über die Art und Weise, wie er sich durch Energie in den Stand gesetzt hat, trotz Verlustes beider Arme zur Zufriedenheit seiner vorgelegten Behörde seine Tätigkeit auszuüben. Er zeigte dann in der Praxis, wie ein gewandter Mensch in der Lage ist, sich nur mit dem Munde zu bedienen. Die Schriftproben, die er mit dem Munde gab, zeigten eine brauchbare, gut lesbare Schrift, die sich von anderen Schriften nicht unterscheiden ließe. Essen und trinken, alles vollbrachte er ohne jegliche Hilfe. So gar eine glatte Rede er mit dem Munde selbständig an. Er hat den Beweis erbracht, daß es durch Energie möglich ist, vieles zu vollbringen. Der Besuch der Veranstaltung war sehr zahlreich, sie war in der Öffentlichkeit auch viel zu wenig bekannt. Die Bestrebungen des Otto-Berl-Bundes verdienen in jeder Weise Unterstützung zu werden.

Eröffnung von Wandherbergen auf gemeinsamer Grundlag. Auf der in Baden-Baden stattgefundenen Sitzung des Landesauschusses des Badischen Verkehrsverbandes wurde der Beschluß geföhrt, ähnlich der in Baden vorbildlich durchgeführten Organisation der Wandherbergen, in Verbindung mit den Gemeindevorständen und den örtlichen Verkehrsvereinen, auch Wandherbergen für Altmannter entweder als dauernde Einrichtung oder nur für die Hauptreisezeit zu schaffen. In Verbindung mit dem Bund Deutscher Verkehrsvereine und den Organisationen für das Hotel- und Gastwirtschaftswesen soll ferner für deutsche Fernreisen eine Verbilligung der Fernreisen und des Kur- und Sommerfrischenaufenthaltes herbeigeföhrt werden.

Ph. Was alles geföhrt wird. Entwendet wurden am 2. Okt. von einem Verkaufstand der Messe auf dem Zeughausplatz eine gelbbraune Handtasche mit 13 000 M. Bargeld, einem Umhang-

brauch gehalten haben: Clavichords, bei denen die Saiten durch Messingklänge, die am Ende des Tastenbels sitzen, angeschlagen und in lebendes Löten versetzt werden. Cembalo (Kleinflügel, Clavicembel), deren Saiten durch Federhölzer oder Lederzungen angeschlagen werden und dadurch einen lauten rauschenden Klang hören lassen. Aus der Sammlung der Cembali ragen wertvolle Originalstücke hervor, als älteste ein Bass aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, mehrere spanische Instrumente der holländischen Klavierbauweise aus dem 17. Jahrhundert, teilweise noch aus der Zeit vor 1800, ein Dulcien von 1889; Silbermann ist mit zwei Instrumenten vertreten. Cristofori mit einem prachtvoll ausgestatteten dreimanualigen Cembalo aus dem Jahre 1708 usw.

Zehnjährige streng wissenschaftliche Studien, dauernde Reparaturarbeiten an diesen alten Instrumenten und langwierige konstruktive Unternehmungen an seinen Sammlungsstücken haben Reupers die Anregung, in Verbindung mit seinen Erfahrungen als moderner Klavier- und Orgelbauer die Rekonstruktion eines Cembali in Angriff zu nehmen, das Ton- und Konstruktionsverbesserungen aufweisen sollte. Vor 12 Jahren wurde das erste neu konstruierte Instrument gebaut, es folgte eine Reihe ständig verbesserter Instrumente, als deren Krönung das im Oktober dieses Jahres fertiggestellte zwösmannualige Konzert-Cembalo anzusehen ist. Wir müssen das neue Werk Fritz Reupers bezeichnen als das Werk eines Mannes der Tat, als ein Produkt wissenschaftlicher Forschung verbunden mit höchster technischer Meisterhaft.

Kunst und Wissenschaft

Badische Gesellschaft für Wetter- und Klimaforschung. Deutsche Gelehrte haben die Meteorologie der Erde begründet und durch ihre Forschungen den Stoff zur Aufnahme ähnlicher Studien in anderen Kulturländern gegeben. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in Berlin ist nicht in der Lage, allen Zweigen der Wissenschaft die notwendige Hilfe anzudeuten zu lassen; es müssen außer ihr noch Notgemeinschaften für spezielle Wissensgebiete ins Leben gerufen werden. Freunde und Gönner der meteorologischen Wissenschaft haben am 30. September in die „Badische Gesellschaft für Wetter- und Klimaforschung“ begründet. Sie hat sich die Pflege und Förderung meteorologisch-klimatologischer Forschungen in Baden, ganz besonders in ihren Beziehungen zu allen Zweigen des profanen Lebens, zur Aufgabe gesetzt. Den Vorsitz der Gesellschaft hat der Staatspräsident Dr. Ing. h. c. Hummel übernommen.

Ein stänliches Theater soll in Hagenau im kommenden Winter unter Leitung des Professors Ottenad und mit stänlicher Unterstützung ins Leben treten.

feinerheit und Invalidentarife auf den Namen Paul Rändersberg Händlerschraube geb. Max laudend; am 4. Oktober im Hause E 7, 21, aus der unerschlossenen Küche eine silberne Zuckerschale und eine silberne Milchkanne; am 5. Oktober einem Fräulein aus ihrer Handtasche auf der Messe des Zeughausplatzes eine gelbe Ledergeldmappe mit 7000 M. und einem Paß auf den Namen Friedel Hell laudend; in der Zeit vom 5. bis 11. Oktober aus dem Hause Bellstraße 16 hier ein silbernes Weinglas mit 45 Liter Wein Inhalt. In das Paß ist der Name „Friedrich Wilmann aus Speyer“ eingetragen; am 7. Oktober aus einem Rad in der Rheinbarrstraße ein Damenschirm aus Baumwolle mit braunem gebogenem Holzgriff; am 8. Oktober, abends 7 Uhr, von einem Verkaufstand auf dem Marktplatz G 1, eine kratzbraune Handtasche mit 12 000 M., 3 Schlüssel und einem Personalausweis auf den Namen Anna Kranberger; am 9. Oktober, vorm. 11 1/2 Uhr, auf dem Marktplatz G 1, einer Frau aus ihrer rechten Manteltasche eine schwarze leberne Geldtasche mit 900 M., ein Ehrling, ges. O. S. und ein Geburtschein auf den Namen Marie Jafah; am 9. Oktober, vormittags abends aus einer Wohnung eine Geldtasche mit 100 000 M., eine silberne Herren-Tasche mit römischen Zahlen und verschiedenen Papieren der Unfallversicherung für Invaliden; am 13. Oktober in der Wirtschaft „Zur alten Sonne“, N 3, 14, ein dunkelgrüner, einreihiger Lederzieher; in der Zeit vom 14. bis 16. Oktober von einer Jugenmaschine hier in einem Koffelwagen in der Fruchtbohnenstraße ein Kameelhaartreibriemen von 7 Meter Länge und 11 Zm. Breite. Entwendet wurden am 16. Oktober einer Frau beim Einkaufen auf dem Bodenmarkt, G 1, aus ihrer Handtasche eine kleine Geldtasche mit 1000 M. und eine silberne Damenremontuhr, in welche der Name Anna Burthard eingraviert ist; in der Nacht vom 16./17. Oktober aus den Verkaufsbüden an der unteren Marktstraße, F 1, 10 Kuchlader, 5 Milchschüsseln, 5 Kleiderbüchsen, 10 Schachteln Wäsche „Bla“, drei Koffhaarschubben und 200 M. in 30 Kleinstücken (Aluminium); am 19. Oktober im Nationaltheater im 3. Rang ein grauer langer engl. Hüter mit aufgedehnten Kufen und Gürtel.

70. Geburtsfest. Den 70. Geburtsfest feierte am gestrigen Tage Franz Jos. Sauer, Hakenstr. 26, seit 21 Jahren Kassenhote bei der Firma A. Wolf u. Reinhardt N.-G. dahier.

Marktbericht

Es ist immer dasselbe: Zufuhr schließt. Von Tag zu Tag wird sie aber noch schlechter. Fünf Wägen wurden heute in der Früh geföhrt, aber was ist das für den Hauptmarkt einer Großstadt mit fast 250 000 Einwohnern? Dazu kommt noch, daß Kartoffeln überhaupt nicht vorhanden waren. Gestern wurden auf dem Weizenmarkt etwa 30 Str. zu 5 Kart verkauft. Weizenkraut wird zur Zeit genugsam angeboten, aber zum Preise von 650—800 M. pro Zentner. Spitzkraut kostet sogar 1000 M. Trotz dieser Preishöhe kann die Nachfrage kaum befriedigt werden. In G 1 alle Arten sind sehr wenig begehrt. Der Rindfleisch wird nirgends eingeholt. Gelbe Rindfleisch 9 M., Zwiebeln 15 und 16,50 M., das Pfund. Auch in Obst ist die Zufuhr äußerst schwach geworden. Äpfel wurden zum Preise von 8—14 M. angeboten, Birnen zu 9—16 M. Eier kosteten heute bis zu 46 M. das Stück. Butter 640—700 M. das Pfund. Tendenz: meiser liegend. J. G.

Aus dem Parteileben

Deutsche (liberale) Volkspartei. In der letzten, gut besuchten Monatsversammlung des Bezirkes Oberhaid II hielt Ein M. Wolfes einen Vortrag über „Soziales — Unsoziales — Sozialistisches“. In tiefstehenden Ausführungen behandelte der Vortragende dieses überaus zeitgemäße Thema, nicht landläufig agitatorisch, nicht als Schlagwort, sondern wegwandend zum besseren Verständnis der politischen Lage. Ausgehend von der Entstehung, Förderung und Gedankenwirkung der sozialen Theorien, besprach der Redner die Förderung des sozialen Gedankens durch die verschiedenen Gesellschaften, wie die Stellung von Vassallen und Werg hierzu. Er kam hierbei zur Schlußfolgerung, daß der unsozialistische Gedanke der Sozialismus als solcher sei. Nach Beendigung der Hauptanrede und des Dankes der sozialistischen Wellenschaumung kam der Vortragende auf die Stellung der Deutschen (liberalen) Volkspartei zu diesen Fragen zu sprechen, die er an Hand verschiedener Beispiele treffend beleuchtete. Am besten ließe sich die unerschöpfliche Stellung wohl dadurch ausdrücken, daß die Deutsche Volkspartei „jedem das Seine“ geben wolle, während es der Sozialismus in terroristischer Weise auf „Allen das Gleiche“ abgesehen habe. — Den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Vortragenden schloß sich eine rege Aussprache an, an der sich Herr Obermeister der Stadtmannterung, Gruber, St. Haas u. a. beteiligten.

Aus dem Lande

- Karlsruhe, 26. Okt. Von der nächsten Woche ab steht eine allgemeine neue Weizenpreiserhöhung bevor. Der Preis für Roggenmehl, der bisher 1680 M. für den Doppelzentner betrug, ist mit Wirkung vom 30. Oktober ab auf 1465 M., der des Weizenmehls von 1635 auf 1465 M. erhöht worden. Demzufolge wird der Preis für Marktbrot um ungefähr das Doppelte erhöht. Für markentes Brot wird der Preis für ein 1150 Gramm Brot sich auf wenigstens 200 M. wert stellen.
- Lehr, 25. Okt. In Niederschopheim wurden für den Zentner Gruppen 8000 M. und für den Zentner Sandblatt 30 000 M. bezahlt.
- Schopfheim, 25. Okt. Das Weingeföhrt im Marktplatzland ist, nachdem sich die Wirte einigermäßen eingestimmt haben, fast überall sehr still geworden, da der Handel infolge der hohen Preise fast juristlos ist. Zuletzt wurde für den Dhm (150 Liter) 12 000 M. bezahlt.
- Konstanz, 25. Okt. Folgendes Schilddüsenstreich meldet die Konst. Ztg. aus Heberlingen: Am 11. d. Mts. wurde begannen das Wasser des Andelshofer Weihers abzulaufen. Der völlige Abfluß des Wassers war am 16. d. M. beendet. Der ganze Fischbestand mit etwa 8 Zentner (Karpfen und Schleien) wurde ebenfalls in den Boden abgelassen und das in einer Zeit der größten Lebensmittelpenknappheit. Die verbleibenden kleinen Fische werden stänlich zu Grunde gehen, weil keine Schutzregeln für den Abtransport getroffen wurden. Vermehrt ist ferner die Brut von fünf aufeinanderfolgenden Jahren. Den kleinen stänigen Wlfuß durch den Roggenbach werden die wenigsten Fische unterlegt durchwandert haben.

Aus der Pfalz

Speyer, 26. Okt. Einschneidende Sparerlasse hat das Kultusministerium ersonnen. Zwecks Einsparung von Helfstellen wurde angeordnet, daß an allen höheren Unterrichtsanstalten für den Rest des laufenden Schuljahres die ungeteilte Unterrichtszeit einzuföhren ist. Den privaten höheren Unterrichtsanstalten, insbesondere den Mädchenkolen, wurde die Einführung der ungeteilten Unterrichtszeit dringend empfohlen, während für die technischen und kunstgewerblichen Anstalten besondere Regelung erfolgt. Ferner wurde zwecks Einsparung von Papier in den Volksschulen die ausschließliche Benutzung der Schiefertafeln nahegelegt. Übungen, die mündlich vorgenommen werden können, sollen tmöglichst nicht schriftlich ausgeföhrt werden. In allen Schulen ist die Zahl der zu führenden Hefen tmöglichst einzuföhren und jede Schreibfläche tmöglichst auszunutzen. Ebenfalls wurde für den Verbrauch von Zeichenpapier äußerste Sparmaßnahme angeordnet und Schulvorstände wurde vorgeschrieben, auf wirksame Durchföhren der Anordnungen hinzuwirken.

Wissenschaft

Wissenschaftliche Studien, dauernde Reparaturarbeiten an diesen alten Instrumenten und langwierige konstruktive Unternehmungen an seinen Sammlungsstücken haben Reupers die Anregung, in Verbindung mit seinen Erfahrungen als moderner Klavier- und Orgelbauer die Rekonstruktion eines Cembali in Angriff zu nehmen, das Ton- und Konstruktionsverbesserungen aufweisen sollte. Vor 12 Jahren wurde das erste neu konstruierte Instrument gebaut, es folgte eine Reihe ständig verbesserter Instrumente, als deren Krönung das im Oktober dieses Jahres fertiggestellte zwösmannualige Konzert-Cembalo anzusehen ist. Wir müssen das neue Werk Fritz Reupers bezeichnen als das Werk eines Mannes der Tat, als ein Produkt wissenschaftlicher Forschung verbunden mit höchster technischer Meisterhaft.

Wundmittel
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besonnt
schnell wirksames
Wundmittel
in Schmalen
Gegen Fußschwielen und Wundinfektionen
Drogerie Becker, Nacht, am Spiesmarkt, Drogerie Wehstiel, Kunstst. Drogerie Gollmann, Marktplatz, Drogerie Hupperts, Schwetzingenstr. 26

